

Das Nürnberger Asyl-Bundesamt erhält bald mehr Kompetenzen und einen neuen Namen

„Wir sind einen gewaltigen Schritt weiter“

Migrations-Experte Bade begrüßt den neuen Realismus: Einwanderung ist kein Tabu-Wort mehr

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

Bisher hieß die zweite in Nürnberg ansässige Bundesbehörde (neben der Bundesanstalt für Arbeit) „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“. Bald soll sie „Bundesamt für Flüchtlinge und Migration“ heißen – eine Namensänderung, die auch einen von Experten seit Jahrzehnten geforderten Politik-Wechsel einleitet.

NÜRNBERG – Deutschland, so wiederholten es Ex-Kanzler Kohl und seine Innenminister ungezählte Male, sei „kein Einwanderungsland“. Da wurde regierungsamtlich vieles verdrängt. Dass die Bundesrepublik selbst von 1955 bis 1973 insgesamt rund 14 Millionen „Gastarbeiter“ angeworben hat zum Beispiel. Von diesen (damals wie heute wieder, siehe Green Card) dringend benötigten Arbeitskräften verließen elf Millionen das Land wieder – aber drei Millionen blieben auf Dauer hier.

Vernachlässigte Aufgabe

Wie diese Gruppe zu integrieren, mit Sprache, Rechts- und Bildungssystem der Bundesrepublik vertraut zu machen ist – dieser Aufgabe stellte sich die Politik kaum. Ähnliches galt für die Integrations-Probleme jener Asylbewerber, die anerkannt wurden und auf Dauer in Deutschland bleiben, und für die Aussiedler, deren Sprachkenntnisse zusehends schlechter werden – mit entsprechenden Problemen der Getto-Bildung.

Experten wie der in Osnabrück lehrende, in Nürnberg geborene Migrations-Forscher Klaus J. Bade mahnten seit Beginn der 80er Jahre an, diese Tatsachen endlich anzuerkennen. Denn „was man tabuisiert, das kann man nicht gestalten“ – so Bade nun bei einer Tagung in Nürnberg. Doch der Historiker und der neue Chef des Asyl-Amtes, Albert Schmid, belegten



Wandelt das Asyl-Amt um: Behördenleiter Albert Schmid. Foto: Karl-Heinz Daut

mit übereinstimmenden Erinnerungen, wie tief die Behauptung vom Nicht-Einwanderungsland in Behörden und Ministerien verankert gewesen ist. „Wenn Sie das Wort Einwanderung gegenüber einem Referatsleiter bloß aussprachen, dann war das Treffen sofort gelaufen“, berichtet Bade. Und Schmid ergänzt: „Der Begriff Migration war amtlich verpönt.“

Das ist nun anders. Innenminister Otto Schily hat seinen Parteifreund Schmid auch deshalb auf den Nürnberger Posten geholt, damit dieser das Amt weitgehend umgestaltet – und die nach außen sichtbare Konsequenz ist auch der neue Name.

„Wir sind zur Zeit Lernende“, sagt Schmid: Die Behörde ist dabei, den vorhandenen Sachverstand anzuzapfen und mit Migrationsexperten ins Gespräch zu kommen. Geplant ist eine Art institutionalisierte Beratungsein-

richtung, die dem Amt zuarbeitet. Schmid: „Es gibt die Fünf Wirtschafts-Weisen, die Empfehlungen geben – warum soll es so etwas nicht auch bei der Zuwanderung geben?“

„Ich bin immer wieder überrascht, was Behördenleiter heute sagen können“, sagt Bade mit Blick auf Schmid und den Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Joachim Welt. Künftig sollen die Russlanddeutschen ähnlich behandelt werden wie andere Zuwanderer – viel mehr Wert soll auf Sprach- und Integrationskurse gelegt werden, damit das Zusammenleben in Deutschland besser funktioniert.

Das Bundesamt will dazu ein „Integrations-Netzwerk aufbauen“ – mit Beteiligung kirchlicher, gemeinnütziger und privater Initiativen. Schmid stellt klar, dass die Verfahren künftig rascher abgeschlossen und abgelehnte Asylbewerber dann auch abgeschoben, zugleich aber die hier lebenden Ausländer besser integriert werden sollen.

Gegen „Horrorzahlen“

Wie viele Zuwanderer Deutschland künftig aufnehmen soll, um damit auch den Arbeitskräftemangel zu beheben – da will sich Schmid noch nicht festlegen. Er verweist auf die derzeit laufenden Beratungen in den diversen Zuwanderungskommissionen der Regierung und der Parteien. Aber er warnt zugleich vor der „Unterscheidung zwischen nützlicher und unnützlicher Zuwanderung“ und davor, mit „Horrorzahlen“ Ängste zu schüren.

Bade hört Schmid's Pläne mit Wohlwollen. „Das sind genau die Dinge, die wir haben wollten“, sagt er: eine Zuwanderungsbehörde, die Expertenrat einbezieht und ihre „Beratungsresistenz“ aufgibt. Bade: „Wir sind einen gewaltigen Schritt weiter“ – mit fast 20 Jahren Verspätung. (Das Bundesamt im Internet: www.bafl.de)